

**FDP**  
Die Liberalen

**LIBERAL**

# JOURNAL

**Gemeinsam weiterkommen**

**FOKUS**  
Abstimmungen  
Bauzonenordnung  
Informationen



**«In der Krise Verantwortung tragen mit Kompetenz und Kompromissbereitschaft»**  
Gedanken des PP zur politischen Situation  
Seite 2

**Wichtige Abstimmungen am 27. September**  
8 Abstimmungen verlangen unsere Stimme  
Seite 3

**Die Stadtregierung verlässt den politisch korrekten Weg**  
2 Initiativen aus verschiedenen politischen Bereichen mit 2 verschiedenen «Behandlungen» durch den Stadtrat – erstmals ein Aufruf zur Stimmenthaltung  
Seite 4

**Bauzonenordnung (BZO) in der politischen Diskussion**  
B+A 13/2020 Teilrevision der Bau- und Zonenordnung Stadtteil Luzern  
Seite 5

**Politisches Potpourri**  
Was uns heute trotz – oder wegen – Corona beschäftigt  
Seite 7

**Die liberale Fraktion im Luzerner Stadtparlament**  
Was wir von der Fraktion erwarten und was sie von uns erwarten kann  
Seite 8



FDP. Die Liberalen Stadt Luzern  
6000 Luzern  
Telefon 041 210 20 28  
info@fdp-stadtluzern.ch  
www.fdp-stadtluzern.ch

Post 6000 Luzern

**Maja Riniker**  
Nationalrätin FDP,  
Kanton Aargau

**FDP**  
Die Liberalen  
Frauen

**«Vorsorgen. Weil Krisen nicht auf uns warten.»**

**Ja**

**zur Luftraumsicherheit**  
am 27. September! [www.fdp-frauen.ch](http://www.fdp-frauen.ch)

# In der Krise Verantwortung tragen mit Kompetenz und Kompromissbereitschaft.



Die Hotelbetten in der Stadt Luzern stehen leer; viele Luzerner Unternehmerinnen und Unternehmer schlafen schlecht. Der Einbruch der Hotelübernachtungen ist mit fast 70% dramatisch. So brach die Auslastung der Hotels in der Stadt Luzern im Juni auf 17% ein; im Vorjahr betrug diese im gleichen Monat noch 92% Prozent. Die erschreckenden Zahlen bestätigen sich leider auch im persönlichen Gespräch mit Hoteliers. Die Fernmärkte sind praktisch komplett weggebrochen; die ausländischen Gäste fehlen.

Doch nicht nur die Hoteliers sind betroffen; direktbetroffen sind ebenso die Gastronomie, der Detailhandel und die Eventbranche. Indirekt trifft es alle Branchen. Der Malermeister, welcher in der Zwischensaison den Hotelzimmern einen frischen Anstrich verpasst, wird das Fehlen der Hotelgäste schmerzhaft zu spüren bekommen. Gerade aber dem Tourismus verdankt die Stadt Luzern unzählige Arbeitsplätze und Lehrstellen.

## Arbeitsplätze in Gefahr

Wie nach diesem urplötzlichen Wirtschaftseinbruch zu befürchten war, mehren sich leider die Hiobsbotschaften vom Arbeitsmarkt. Unternehmen mit extremen Umsatzeinbrüchen und keinerlei Aussicht auf eine schnelle Erholung sehen sich gezwungen, Arbeitsplätze abzubauen. In einer so tiefgreifenden Krise müssen Unternehmerinnen

und Unternehmer alles für das Überleben ihrer Unternehmen tun. Nur so können sie die Wertschöpfung und Arbeitsplätze langfristig sichern. Entlassungen sind allerdings für Arbeitnehmer und Arbeitgeber sehr schmerzvoll.

## Links-Grüne Schadenfreude

Als das Stadtparlament nach der Sommerpause das erste Mal wieder tagte, konnte die Links-Grüne-Ratsseite ihre Schadenfreude kaum verhehlen: «Wir haben schon immer gesagt, dass internationaler Tourismus kein nachhaltiges Geschäftsmodell ist.» Dass sich Politiker, welche in ihrem Leben noch nie unternehmerisch tätig waren, anmassen, Geschäftsmodelle mitten in einer Pandemie zu beurteilen, hat mich als Unternehmer mehr als nur befremdet. Die direkten persönlichen Angriffe der SP auf die Unternehmerpersönlichkeit Jörg Bucherer machen mich betroffen. Eine solche Krise poli-

tisch für populistische Stimmungsmache auszuschlagen, ist der Partei des Stadtpräsidenten unwürdig. Der städtische Wirtschaftsverband und die City Vereinigung sahen sich zu einer Protestnote gezwungen, Stadtpräsident Beat Züsli hielt es nicht für nötig, sich vom Tiefschlag seiner Partei zu distanzieren.

## Wahlen aus einer anderen Zeit

Anfangs Herbst hat sich das neue Parlament konstituiert. Die Wahlen im Frühling 2020 scheinen wie aus einer anderen Epoche. Die grüne Welle hatte die Stadt überrollt, die grüne Partei hat historisch zulegen können. Unsere Partei hat aber mit sehr grossem Einsatz ihren Wähleranteil erhöhen und unsere neun Sitze im Parlament verteidigen können. Wir sind damit die klar stärkste bürgerliche Partei und bleiben damit im Lead des bürgerlichen Lagers.

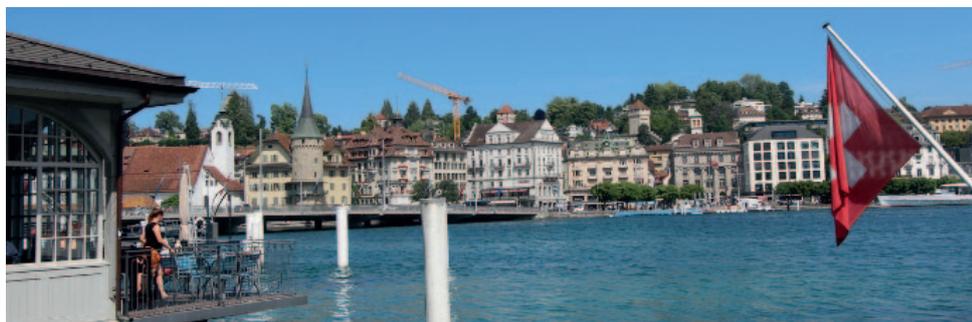
## Links-Grüne Mehrheit

Im neuen Parlament verfügen SP und Grüne - aufgrund des bürgerlichen Präsidiums in der ersten Hälfte der Legislatur - erstmals über eine absolute Mehrheit. Wenn Links-Grün nun versucht, in dieser tiefen wirtschaftlichen Krise extreme politische Ideen mit knappster Mehrheit durchzudrücken, dann ist sich Links-Grün der politischen Verantwortung nicht bewusst. Wer um seine wirtschaftliche Existenz kämpft, kann sich politisch viel weniger wehren. Viele Unternehmerinnen und Unternehmer haben nun schlicht keine Zeit für Politik.

## Gemeinsam Verantwortung übernehmen

Wir sind die Stimme der Wirtschaft und der KMUs in dieser Stadt. Wir werden weiterhin Verantwortung für die ganze Stadtbevölkerung tragen. Mehr denn je braucht es in dieser schweren Krise Parteien, welche politische Verantwortung übernehmen und mit Kompetenz und Kompromissbereitschaft über Parteigrenzen hinweg gemeinsam nach Wegen aus der Krise suchen.

Fabian Reinhard, Parteipräsident



# Wichtige Abstimmungen vom 27. September

5 x Bund, 1 x Kanton, 2 x Stadt

Acht wichtige Abstimmungen liegen vor uns, aus Bund, Kanton und Stadt. An der digitalen DV FDP CH vom 22. August 2020 haben die eidgenössischen Delegierten die Parolen zu den eidgenössischen Abstimmungsvorlagen gefasst. Die entsprechenden Resultate liegen vor, wir wollen sie ihnen in der Folge nennen. Die FDP Kanton Luzern führte ebenfalls eine digitale Abstimmung vom 25. – 30. August, die FDP Stadt Luzern über die städtischen Abstimmungen vom 30. August – 3. September durch. Die Resultate stehen noch aus, sie werden durch Newsletter und Medien orientiert werden.

## Volksinitiative für eine massvolle Zuwanderung (Kündigungsinitiative)



Ein Ja wäre nicht nur das Ende des Freizügigkeitsabkommens, sondern aller sieben Verträge der Bilateralen I. Sie sind jedoch von grösster wirtschaftlicher Bedeutung und ein wichtiger Grund für den Wohlstand der Schweizerinnen und Schweizer. Gerade in der aktuellen Krise gibt es keinen Spielraum für Experimente.

### Resultat der DV vom Januar 2020

299 Nein zu 3 Ja, bei 8 Enthaltungen

## Änderung des Bundesgesetzes über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (Jagdgesetz)

Mit dem revidierten Gesetz erhalten die Kantone mehr Kompetenzen, eigene Lösungen für Schäden von Tieren zu finden, wenn ihr Kanton betroffen ist.

### Resultat der Parteiprääsidentenkonferenz vom 21. August 2020

18 Ja zu 3 Nein bei 1 Enthaltung

## Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (Steuerliche Begünstigung der Kinderdrittbetreuungskosten)

Die FDP will die Vereinbarkeit von Beruf und Familie voranbringen und das inländische Arbeitspotenzial besser ausschöpfen. Indem Eltern künftig 25'000 Franken statt 10'100 Franken von der direkten Bundessteuer abziehen können und auch die allgemeinen Kinderabzüge von 6'500 auf 10'000 Franken erhöht werden, wird die Progressionsschwelle angehoben und Anreize für Frauen geschaffen, um nach der Schwangerschaft wieder einer Erwerbstätigkeit nachzugehen.

### Resultat der DV vom 22. August 2020

221 Ja zu 48 Nein bei 6 Enthaltungen

## Änderung über den Erwerbersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (indirekter Gegenvorschlag zur Initiative «Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie»)

Es ist ein Grundanliegen der FDP, dass Frauen und Männer ihr Leben frei und eigenverantwortlich gestalten können. Sie anerkennt insbesondere auch die wichtige Rolle der Väter in der Familie. Sie hat sich im Parlament daher mit Herzblut für einen 16-wöchigen Elternurlaub eingesetzt, denn dieser bietet eine flexible Lösung, statt alte Rollenmodelle zu zementieren.

### Resultat der DV vom 22. August 2020

134 Nein zu 133 Ja bei 8 Enthaltungen

## Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge

Soll die Bevölkerung auch in Zukunft wirksam vor Angriffen aus der Luft geschützt werden? Die Delegierten setzten ein klares Zeichen für den Ersatz der 1978 und 1996 beschafften

Kampfflugzeuge. Sie wollen in jeder Situation den richtigen Schutz für die Schweiz. Polizei, Grenzschutzkorps, Feuerwehr, Ambulanz, Zivilschutz, Cybereinheiten und Luftwaffe – sie alle tragen zu unserer Sicherheit bei. Dafür brauchen sie die notwendigen Mittel. Nur Flugzeuge schützen vor Gefahren aus der Luft und stellen den Luftpolizeidienst sicher. Es wäre unverantwortlich, diese Aufgabe ausländischen Kräften zu übertragen. Die finanziellen Mittel werden nicht den Bereichen wie Bildung, Gesundheit etc. entzogen, sondern entstammen dem für die Armee bestimmten Budget!

### Resultat der DV vom 22. August 2020

258 Ja zu 12 Nein bei 4 Enthaltungen

## Volksinitiative «Fair von Anfang an, dank transparenter Vormiete!»

Der Kanton Luzern braucht keine obligatorische Formularpflicht. Die Initiative schafft keinen Mehrwert zur heutigen Rechtslage: Die mietzinsdämpfende Wirkung ist nicht erwiesen, und ein allfälliger Wohnungsmangel wird damit nicht behoben. Bereits heute steht wenn nötig ein flexibles Instrument zur Verfügung. Der aktuelle Wohnungsmarkt, die Leerwohnungsziffer und die Mietzinse erfordern keine Anpassung der bisherigen Regelung: **Regierungs- und Kantonsrat empfehlen ein Nein.**

## Schulanlage St. Karli. Sanierungs- und Erweiterungsneubau. Ausführungskredit

Stimmempfehlung der GL: Ja

## Initiative «Spange Nord stoppen - Lebenswerte Quartiere statt Stadtautobahn»

Empfehlung der GL: Stimmenthaltung

(Siehe Seite 4)



**IN JEDER  
SITUATION  
DEN RICHTIGEN  
SCHUTZ**

# Die Stadtregierung

## verlässt den politisch korrekten Weg.

2 Initiativen, aus 2 verschiedenen politischen Richtungen, mit 2 verschiedenen «Behandlungen» durch den Stadtrat.

Es ist bekanntlich das Ziel jeder Partei, demokratisch die Meinung der Mehrheit ihrer Wählerinnen und Wähler zu eruieren und entsprechende Wahlempfehlungen zu kommunizieren. So lautet der jeweilige Slogan JA / NEIN oder Stimmfreigabe, wenn die Meinung des Parteivolks praktisch ausgeglichen ist. Eine Stimmenthaltung ist verpönt, denn es scheint in einem solchen Fall, dass die Partei nicht fähig ist, zu einer bestimmten Meinung zu stehen. Im Falle der Abstimmung vom 27. September 2020 über die SP-Initiative «Spange Nord stoppen – Lebenswerte Quar-

tiere statt Stadtautobahn» ist nach Ansicht der Geschäftsleitung der FDP Stadt Luzern eine Stimmenthaltung aber die einzige Möglichkeit, unserer massiven Kritik am Verhalten der Stadtregierung Ausdruck zu verleihen. Wie wir Ihnen im Newsletter vom 27. August 2020 erklärt haben (vgl. Text unten) ist sogar die Stadtregierung selbst der Ansicht, dass die Behandlung der Initiative im entsprechenden B+A nicht dem korrekten politischen Weg entspricht (vgl. Aussage zur so genannten «Aufwertung der Innenstadt. Kein Denkverbot – Parkhaus Musegg vors Volk!»). Aus diesem

Grunde gibt Ihnen die Geschäftsleitung der FDP Stadt Luzern folgende Empfehlung:

1. Nehmen Sie an den Abstimmungen vom 27. September 2020 teil, die 8 Themen verdienen es
2. Enthalten Sie sich bei der Abstimmung über die SP-Initiative «Spange Nord stoppen – lebenswerte Quartiere statt Stadtautobahn» der Stimme, kreuzen sie daher weder JA noch NEIN an.
3. Legen Sie den Abstimmungszettel korrekt in das grüne Abstimmungsküvert, nur so wird Ihre Stimme als Leerstimme (= Protest) gewertet



Am 27. September 2020 stimmen die Stimmberechtigten der Stadt Luzern über die SP-Initiative «Spange Nord stoppen – Lebenswerte Quartiere statt Stadtautobahn» ab. Diese verlangt, dass sich der Stadtrat für den Erhalt der Lebens- und Wohnqualität in den durch den Bau der Spange Nord bedrohten Quartieren einsetzt und sich zu diesem Zweck mit allen möglichen Mitteln für den Verzicht auf die Spange Nord einsetzt. Die bürgerlichen Mitglieder der VBK des Luzerner Kantonsrates – und auch der Verkehrskommission der Stadt Luzern – haben erreicht, dass im Beschlusstext der Botschaft zur Spange Nord verlangt wurde, dass ein Variantenstudium bis hin zum Verzicht auf die Spange Nord durchgeführt werde. Dies erfolgte in keiner Weise auf die praktische Gesprächsverweigerung der Stadtregierung hin. Als mögliche Bestvariante steht heute der Bau einer Reussportbrücke im Raum.

Auch die FDP der Stadt Luzern hat gegen das Projekt einer Spange Nord Stellung genommen und sich skeptisch gegen eine Reussportbrücke im Sinne einer Schaden/Nutzenanalyse geäussert. Wir sind aber der klaren Ansicht, dass es politisch nicht korrekt ist, wenn die Stimmberechtigten über einen Initiativtext entscheiden müssen, welcher überhaupt nicht mehr der Situation zum Zeitpunkt der Unterschriftensammlung entspricht! Spitzfindig? Keineswegs! Lassen wir dies doch durch unseren Stadtpräsidenten Beat Züsli entscheiden (Stellungnahme vom 11. Oktober 2018).

Der Stadtrat lehnte die Initiative der bürgerlichen Seite «Aufwertung der Innenstadt: Kein Diskussionsverbot – Parkhaus Musegg vors Volk!» unter anderem ab, weil er die im Projekt vorgesehenen 660 Autoparkplätze als überdimensionierte Parkierungsinfrastruktur betrachtete. Die Initianten erklärten sich klar bereit, die Anzahl Autoparkplätze um 50% zu reduzieren. Der Stadtrat schrieb dazu: «Die Haltung des Stadtrates gegenüber der Initiative bleibt aber insofern unverändert, als er diese dem Parlament und den Stimmberechtigten erneut zur Ablehnung empfehlen wird. Der Stadtrat bezieht sich im Rahmen des neuen Berichtes und Antrags ausschliesslich auf die Initiative mit dem Projekt, wie es sich bei der Einreichung der Initiative gestaltete. Er erachtet dies als politisch korrekten Weg.» Die Initianten haben die Initiative zurückgezogen unter anderem, da sich der Stadtrat bereit erklärte, im Rahmen der Projektarbeiten auf die Initianten zu zukommen (was bisher kaum geschehen ist!).

Da stellt sich nun wirklich die Frage, ob dieser «politisch korrekte Weg» nicht auch für die SP-Initiative gelten würde, hat doch das heute vorliegende Projekt Reussportbrücke kaum mehr etwas mit der Spange Nord zu tun, zu welcher durch die Unterschriftensammlung Stellung genommen wurde. Der Stadtrat gibt im B+A 7/2020 selbst die richtige Antwort: «Die Initiative bezieht sich auf den zum Zeitpunkt der Unterschriftensammlung bekannten Stand der Planung der Spange Nord. Der Stadtrat versteht die Initiative auch gegen das inzwischen

bekanntes Resultat aus der externen Überprüfung, welches eine Reussportbrücke mit Anschluss Lochhof als Bestvariante und einen Ausbau im Bereich Schlossberg als separates Projekt vorsieht.» Dieses «Verständnis» fehlte ihm bei der Initiative «Aufwertung der Innenstadt» völlig!

### Konsequenzen:

- ☹ Der Stadtrat hat den politisch korrekten Weg verlassen! (Frage: Hängt dieser von der Herkunft der Initiative ab?)
- ☹ Unsere Abstimmungsempfehlung: Obwohl wir das Projekt Spange Nord ablehnen, kommt ein JA nicht in Frage, denn nachdem wir Bürgerliche im Kantonsrat das Projekt verhindert haben, sehen wir keinen Grund, die heute völlig unnötige SP-Initiative zu unterstützen. Ein NEIN wäre ebenso falsch, denn in der Folge würde die linke Seite behaupten, wir wollten die Spange Nord durchboxen. Die GL der FDP der Stadt Luzern empfiehlt daher, sich zwar aktiv an den Abstimmungen vom 27. September 2020 zu beteiligen, sich bei der Abstimmung über die SP-Initiative aber der Stimme zu enthalten als Zeichen der Nicht-Akzeptanz des unkorrekten politischen Weges des Stadtrates. Der prozentuale JA-Anteil kann so sogar etwas höher sein, aber es ist nach unserer Ansicht der einzige Weg mit vielen Leerstimmen unserer Haltung Ausdruck zu verleihen.

Dr. med. Herbert Widmer, GL FDP Stadt Luzern



# Bauzonenordnung (BZO) in der politischen Diskussion.

B+A 13/2020 Teilrevision der Bau- und Zonenordnung Stadtteil Luzern

Mit Datum vom 1. April 2020 hat der Stadtrat Luzern dem Grossen Stadtrat den Bericht und Antrag 13/2020 zur Teilrevision der Bau- und Zonenordnung Stadtteil Luzern vorgelegt. Er nimmt darin Bezug auf die Gemeindestrategie 2019 – 2028 und zum Legislaturprogramm 2019 – 2021. Vorgesehen in der neuen BZO sind 22 Anpassungen, 28 Einsprachen gingen dagegen ein, wovon 5 zurückgezogen wurden und bei weiteren 5 eine teilweise und bei 18 keine Einigung erzielt wurde. Am 4. Juni 2020 wurde die Teilrevision im Stadtparlament behandelt,

wobei die verschiedenen Ansichten recht heftig aufeinanderprallten. 2 der vorgesehenen Anpassungen wollen wir hier vorstellen, da über eine BZO-Revision das Volk zu entscheiden haben wird.

## Die strategischen Schwerpunkte gemäss Gemeindestrategie und Legislaturziele

- ➔ Quartiere stärken
- ➔ Attraktiven Wirtschaftsstandort und Tourismusdestination weiterentwickeln

- ➔ Sorgsamem Umgang mit den Lebensgrundlagen pflegen
- ➔ Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum steigern
- ➔ Legislaturziel Z20.6: Mit einer qualitätsvollen Siedlungsentwicklung und vielseitig nutzbaren Freiräumem stärkt die Stadt Luzern die Lebensqualität
- ➔ Legislaturziel Z22.2: Die Stadt sichert attraktive Wirtschaftsflächen für Produktion, Gewerbe und Dienstleistungen (Stärkung des Wirtschaftsstandorts)

## AUFSTOCKUNG LUZERNER KANTONALBANK (LUKB) AN DER PILATUSSTRASSE 12

Die LUKB beschäftigt rund 800 Personen in der Stadt Luzern. Um eine Konzentration der Arbeitsplätze am Hauptsitz zu ermöglichen, hat die LUKB Erweiterungsmöglichkeiten geprüft: Die Erweiterung in der gewünschten Grössenordnung erfordert eine Umzonung. Diesbezüglich wurde die Motion 33, Rieska Dommann und Laura Grüter Bachmann namens der FDP-Fraktion vom 21. Dezember 2016: «Die Luzerner Kantonalbank muss in der Stadt bleiben können!» vom Grossen Stadtrat überwiesen. Diese fordert den Stadtrat auf, rasch ein unmissverständliches Bekenntnis zum jetzigen Standort der LUKB und zur geplanten Aufstockung des Hauptsitzes an der Pilatusstrasse abzugeben und unverzüglich die notwendigen planerischen Voraussetzungen zu schaffen, damit die geplante Aufstockung planungsrechtlich ermöglicht wird.

### Notwendige BZO-Anpassungen (B+A)

Das heute gesetzlich zulässige Mass gemäss Bau- und Zonenreglement beträgt für die Schrägdächer 21 m Fassadenhöhe und 27 m Firsthöhe. Die LUKB benötigt für die Konzentration der Arbeitsplätze eine zusätzliche Nutzfläche von rund 6'000 m<sup>2</sup> und eine gedeckte Nutzfläche für technische Anlagen. Das ganze Gebiet der Neustadt ist im Zonenplan der Ortsbildschutzzone B zugeteilt, womit erhöhte Anforderungen an alle Projekte gestellt werden. Die Stadtbaukommission (SBK) hat mit zwei Sitzungen die Erarbeitung der Machbarkeitsvarianten begleitet und unterstützt die Erkenntnisse der Volumenstudien und den Antrag zur Zonenänderung. Die gewählte Erweiterung soll sich in den Kontext integrieren, indem die quartierüblichen Höhen der nordseitigen Pilatusstrasse respektiert werden. Die bestehende Fassadenhöhe der Kantonalbank ist mit bisher rund 19 m grösstenteils tiefer als diejenige der nördlichen Seite der Pilatusstrasse. Die Eingliederung in den Stadtkörper wird mit den gewählten Festlegungen sichergestellt.



Die zulässige Fassadenhöhe soll auf 26 m, die Anzahl der zulässigen Geschosse von 5 auf 7 Vollgeschosse erhöht werden. Ein qualitätsvolles Erscheinungsbild, insbesondere durch die Wahrnehmung vom Strassenraum her, soll mit einer Gliederung der zusätzlichen zwei Geschosse und einer architektonischen Ausformulierung des Übergangs zwischen dem 5. und 6. Vollgeschoss sichergestellt werden. Für die Nutzungen in den zusätzlichen Geschossen sind teils auch Aussenräume und dergleichen notwendig, weshalb eine vollflächige Nutzung der Geschosse nicht vorgesehen ist. Über dem 7. Vollgeschoss sind Dachaufbauten für Technik von einer maximalen Höhe von 3 m zugelassen, diese müssen 6 m zurückversetzt sein. Die Eingliederung in die Dachlandschaft wird durch die Limitierung und Zurückversetzung der Dachaufbauten sichergestellt. Der Versatz kann auch als Schrägdach gestaltet werden. Die Technikanlagen sollen wie bisher in geschlossene Technikräume integriert werden.

### Behandlung im städtischen Parlament

Grossstadtrat Rieska Dommann nahm als Fraktionssprecher zu den 22 geplanten BZO-Anpassungen Stellung. Zu der LUKB führte er Folgendes aus: «Dass die Luzerner Kantonalbank ein wichtiger Arbeitgeber und ein bedeutender Steuerzahler in der Stadt Luzern ist, dürfte unbestritten sein. Für die FDP-Fraktion ist deshalb völlig klar, dass ein grosses öffentliches Interesse daran besteht, dass der Hauptsitz der Luzerner Kantonalbank am bisherigen Standort verbleibt. Wenn die linken Parteien dauernd neue Ausgaben beschliessen wollen, müssen sie auch dafür sorgen, dass die Stadt die nötigen Einnahmen erzielen kann.

Die Stadt hat im Raumentwicklungskonzept 2018 und in der Gemeindestrategie 2019 – 2028 ein klares Bekenntnis zum Erhalt und zur weiteren Entwicklung von Arbeitsplätzen abgegeben. Das Thema wird ja dann bei der Behandlung der Interpellation 351 Entwicklung von Arbeitsflächen an

der nächsten Sitzung besprochen. Wenn wir das Ziel, das Verhältnis von Beschäftigten zu Einwohnerinnen und Einwohnern bei 1:1 zu bewahren, erreichen wollen, müssen wir auch bereit sein, die notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Mit der nun vorgeschlagenen Anpassung werden auch nicht einfach die Wünsche der Luzerner Kantonalbank erfüllt, sondern die möglichen Erweiterungen wurden mit der Stadtbaukommission besprochen und werden von dieser befürwortet. Die FDP-Fraktion hat sich sehr früh dafür engagiert, dass die planungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um dieses Ziel zu erreichen (vgl. Motion 33/2016). Wir hätten uns natürlich gewünscht, dass der Prozess schneller geht. Immerhin haben wir unsere Motion im Dezember 2016 eingereicht. Bis die Umzonung rechtskräftig ist, sind dann mindestens 4 Jahre vergangen. Das ist eine sehr lange Zeit.

SP und Grüne stürten sich daran, dass die BZO ei-

gens für die Pläne der Kantonalbank zugeschnitten wurde. Für Mirjam Landwehr (Grüne) grenzt die Änderung der BZO an «Willkür» und dient «einzigen Zielen der LUKB». (Interessanterweise unterstützten die linken Parteien eine Anpassung im Interesse ihrer – ursprünglich von Freisinnigen gegründeten – allgemeinen baugenossenschaft Luzern (abl) diskussionslos!). Mario Stübi (SP) fragte sich, ob die Ziele der Bank tatsächlich nur mit dem Ausbau ihres Hauptsitzes erreicht werden können. «Die LUKB hat im Untergeschoss ein grosses Parkhaus. Würde sie ihre Angestellten ermutigen, anstatt aufs Auto vermehrt auf den ÖV oder das Velo zu setzen, könnte sie diese Räumlichkeiten allenfalls für ihre künftigen Bedürfnisse nutzen» (kein Kommentar!). Christian Hochstrasser (Grüne) fragte «Ist Fiskalpolitik wirklich die ideale Grundlage, um Raumplanung zu betreiben?» Stadträtin Franziska Bitzi erwiderte dazu: «Es braucht ein Miteinander von Wirtschaft und Leben in dieser Stadt. Irgendwie muss man die Leistungen ja auch finanzieren».

CVP, FDP, GLP und SVP stimmten für die in der BZO-Teilrevision vorgesehene Anpassung und lehnten es ab, bei der Urnenabstimmung diesbezüglich separat abstimmen zu lassen. Das Parlament hat – entgegen dem Antrag des Stadtrats – die BZO-Revision als Ganzes dem obligatorischen Referendum unterstellt. Wir werden also darüber an der Urne abstimmen!

### Kantonalbank und ihre Umgebung

Bei der Diskussion um die Aufstockung der LUKB spielt auch deren Lage in der Stadt, die Höhe der umgebenden Gebäude, das entsprechende Stadtbild, die Ortsbildschutzzone und anderes mehr mit. Wie schon erwähnt, ist die bestehende Fassadenhöhe der Kantonalbank mit bisher rund 19 m grösstenteils tiefer als diejenige der nördlichen Seite der Pilatusstrasse.

Das alte Bild des Hotel Viktoria am Viktoriaplatz (vis-à-vis der Kantonalbank) aus dem ZHB-Archiv zeigt dies mit seiner auch heute noch bestehenden Höhe ebenfalls.



Alter Viktoriaplatz mit Bahnanlagen! (ZHB-Archiv)

### PRIVATE GRUNDSTÜCKBESITZER SOLLTEN DIE VOM VOLK ANGENOMMENE «INITIATIVE FÜR ZAHLBAREN WOHNRAUM» ERFÜLLEN

Im Jahre 2012 hat die städtische Stimmbewölkerung die von Parlament und Stadtrat abgelehnte Initiative «Für zahlbaren Wohnraum»

angenommen. Die Initiative verlangt, dass bis 2037 mindestens 16 Prozent des Wohnungsbestandes der Stadt Luzern nach den Kriterien der Gemeinnützigkeit vermietet werden. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es jährlich rund 100 zusätzliche gemeinnützige Wohnungen. 2017 lag der Anteil gemeinnütziger

Wohnungen in der Stadt Luzern bei 13.4 Prozent. Um dieses sehr idealistische Ziel zu erreichen, wollte der Stadtrat die reformierte Kirchengemeinde zwingen, auf ihrem Areal in der Würzenbachmatte gemeinnützige Wohnungen (Genossenschaftswohnungen) anzubieten.

Grossstadtrat Rieska Dommann nahm wie folgt Stellung: «Es handelt sich um ein Schlüsselprojekt bei der Weiterentwicklung im Quartierzentrum Würzenbach. Gemeinsam mit der reformierten Kirche ergeben sich für die Stadt Luzern bei der Umnutzung oder beim Neubau im Bereich Schulhaus Schädritzi einmalige Chancen und Potentiale, die, aus Sicht der Quartierbevölkerung, endlich genutzt werden müssen.

Die reformierte Kirche hat auf ihrem Grundstück bereits eine Machbarkeitsstudie erarbeitet und möchte ebenfalls die Chancen packen, die sich aus der Zonenplanrevision ergibt.

Das Vorgehen der Stadt im Zusammenhang mit der öffentlichen Auflage wurde zu Recht heftig kritisiert. Die Vorschrift, dass gemeinnütziger Wohnungsbau realisiert werden muss, hat massive Auswirkungen für die Grundeigentümerin. So geht man nach unserem Verständnis nicht mit Partnern um, mit denen man vertrauensvoll zusammenarbeiten will. Es

wurde damit völlig unnötig viel Geschirr zerschlagen. Die FDP-Fraktion ist froh, dass der Stadtrat den Rank gerade noch gefunden hat und mit der reformierten Kirche eine einvernehmliche Lösung gefunden werden konnte, welche auch die FDP-Fraktion unterstützt.»

Die Luzerner Zeitung berichtete am 25.06.20 wie folgt aus der Ratsdebatte: Nach einer Beschwerde der Reformierten liess der Stadtrat die Pläne fallen. Das wiederum passte SP und Grünen nicht. Denn, so Mario Stübi (SP): «Das Ziel der Initiative ist kaum noch zu erreichen, wenn wir jetzt nicht korrigierend eingreifen.» Der Stadtrat sei zu schnell vor den Reformierten eingeknickt. Auch Mirjam Landwehr (Grüne) findet: «Wo, wenn nicht auf der Würzenbachmatte, will der Stadtrat den gemeinnützigen Wohnbau fördern?»

Mit dieser Haltung blieben SP und Grüne allerdings allein, wie sich in der Debatte im Luzerner Stadt-

parlament am Donnerstag zeigte. Ihr Antrag, die Reformierten doch noch zum gemeinnützigem Bauen zu zwingen, scheiterte. Die Bürgerlichen waren erleichtert. Denn in ihren Augen hätte ein Genossenschafts-Zwang einen massiven Eingriff in die Eigentumsfreiheit, ja sogar eine Enteignung bedeutet. Dies wäre umso befremdlicher gewesen, als es sich bei der Reformierten Kirchengemeinde um eine Institution mit «redlichen Zielen» handelt, wie es Rieska Dommann (FDP) ausdrückte. Das sah auch Baudirektorin Manuela Jost (GLP) so: «Die Reformierte Kirche ist eine Grundeigentümerin mit sozialem Charakter.» Tatsächlich plant die Kirchengemeinde, auf ihrem Grundstück Alterswohnungen zu bauen. Diese gelten zwar nicht offiziell als «gemeinnützig», sollen aber bei den Mietzinsen deutlich unter dem quartierüblichen Schnitt liegen. Dies ist in der revidierten BZO im Sinne eines Kompromisses festgehalten. Über diesen Teil der BZO-Revision wird separat abgestimmt werden.

# Politisches Potpourri

## NACHLESE ZUM 2. WAHLGANG DER STADTRATSWAHLEN

### Ein positiver Aspekt

Wahlen sollen immer analysiert und aus den gemachten Fehlern sollen Lehren gezogen werden, jede Partei tut dies – und vergisst die Lehren bis zu den nächsten Wahlgängen meist wieder. Auch die FDP der Stadt Luzern kann aus den drei Wahlen in den Jahren 2019/2020 einige Erkenntnisse ziehen.

Doch nicht nur Kritik soll im Gedächtnis bleiben, sondern auch Erfreuliches, z.B. die gute Wahl unseres Stadtrates Martin Merki im 1. Wahlgang und die Bestätigung unserer 9 Sitze im Stadtparlament. Interessant ist aber auch eine kleine Analyse des 2. Wahlgangs in den Stadtrat vom 28. Juni 2020. Unsere Partei war zwar nicht mehr involviert, hat sich aber ganz klar und mit einer eigenen Liste für die Wiederwahl der bisherigen Stadträtinnen Franziska Bitzi und Manuela Jost eingesetzt. Mit welchem Erfolg? Konnten wir unsere Wählerinnen und

Wähler motivieren an diesem Wahlgang teilzunehmen? Ein gewisses Indiz sind die Zahl der unveränderten Listen der Parteien, welche eingeworfen wurden. Die LZ hat dies in ihrer Ausgabe vom 1. Juli 2020 analysiert.

1. Wahlgang 29. März			2. Wahlgang 28. Juni	
PARTEI	LISTEN	%	LISTEN	%
SP / JUSO	3629	27.9	2583	18.1
GB / JGB	3098	23.8	2580	18.1
FDP / JFL	1862	14.3	2642	18.5
SVP	1152	8.8		
CVP / JCVP	1007	7.8	2363	16.5
GLP / JGLP	210	1.6	2077	14.5
Komitees		15.8		14.3

Es ist klar, dass die zwei Wahlgänge nicht 1:1 verglichen werden können, da waren die Ausgangslagen doch zu unterschiedlich. Dennoch ist es erfreulich, dass unsere Liste so oft eingeworfen wurde und zwar am meisten von allen 21 aufgelegten Listen und dies trotzdem wir ja mit keinem Kandidaten antraten.

Interessant ist auch, dass im 1. Wahlgang bezüglich der unveränderten Listen 6727 linken Listen 4231 bürgerlichen Liste gegenüberstanden, im 2. Wahlgang noch 5163 linken 7082 bürgerlichen. Zumindest sprechen diese Zahlen für eine erfreuliche Mobilisation der bürgerlichen Seite! Teamarbeit!

Lesen Sie dazu unter [www.lu-wahlen.ch](http://www.lu-wahlen.ch) die Analyse des SP-Fraktionschefs Simon Roth mit einigen spannenden Aussagen.

## WICHTIGE SCHLAGWORTE: OBJEKTIVITÄT, KOMMUNIKATION, KOMPROMISS, KONSENS ...

Nehmen wir zu Beginn das Thema «Objektivität». Für fehlende «O» gibt es viele Beispiele, nennen wir eines davon. Wenn sich sechs Parteien zum gleichen politischen Thema äussern, kann man meist die entsprechende Herkunft erraten ohne mehr darüber zu wissen – ich nehme dabei keine Partei aus! Als das BAG eine Falschmeldung über den Corona-Tod eines Kindes verbreitete, kritisierten dies die einen massiv, andere – so der kantonale SP-Präsident – waren der Ansicht, dass hier keine Kritik angezeigt sei. (Schutz des Chefs des EDI?). Als das Finanzproblem zwischen vbl und vl bekannt wurde, verlangte der gleiche Politiker eine PUK, die bürgerlichen Vertreter beschwichtigten in diesem Falle. Man mag dies in gewissem Masse verstehen, doch Vertrauen in der Bevölkerung schafft dies nicht!

Eine gute Kommunikation ist eine Wissenschaft, welche viel wichtiger ist als manche Politiker, Parteien, Firmen, Staatsbetriebe etc. annehmen. Weil sie – diese Wissenschaft – nicht so weit verbreitet ist, wie sie sein sollte scheitert manch ein Projekt und wird manch ein Ziel nicht erreicht. Wie oft ermöglicht doch ein «laufendes Verfahren», dass man auf eine Kommunikation verzichten kann, wie oft glaubt eine Dienststelle, dass es genüge, ein Fachpapier zu entwerfen, wie dies zum Beispiel der Bund mit dem Pandemieplan tat, welcher anfangs 2018 revidiert wurde und vieles wie Schutz- und Desinfektionsmaterial etc. regeln sollte, aber nur wenigen bekannt war. Wer unter uns wusste denn schon, dass er dadurch angehalten wurde, eine Reserve von 50 Schutzmasken/Person bereit zu halten.

Kompromiss oder gar Konsens werden in der Politik oft als falsch, als «unehrenhaft» angesehen, obwohl ein solches Vorgehen oft der alleinige Weg zu einem Ziel für alle sein kann. Wie oft verstecken sich die zuständigen Stellen bzw. Personen hinter einer «klaren Haltung», welche auch «Sturheit» genannt werden könnte. Wie oft scheitern wichtige Projekte, da man nicht bereit ist, «sich an den runden Tisch zu setzen und miteinander zu sprechen». Oft sind Parlamentssitzungen ein gutes Beispiel für diese Feststellung.

Versuchen wir doch, diese «Schlagworte» in unsere politische Tätigkeit einzubauen, verlangen wir es aber auch von unseren politischen Vertretern. Kleine Schritte ....!

## ZU CHANCEN UND RISIKEN FRAGEN SIE IHREN ...

Nein, es geht nicht um die Chancen und Risiken einzelner, sondern um diejenigen unserer Stadt und deren Bevölkerung. Zu den Risiken gehört nach meiner Ansicht die zunehmende Polarisierung der Parteienlandschaft, anderer Gruppierungen, ja sogar der Bevölkerung. Beispiele gefällig?

Die einen lernen aus der Corona-Pandemie, dass diese für die Gesundheit vieler gefährlich ist, andere sehen nur die wirtschaftlichen Risiken. Viele sind nicht bereit, auch der Ansicht der anderen Raum zu geben. Verschwörungstheorien nehmen freien Lauf und sind teilweise so absurd, dass sie schon «spannend» genannt werden könnten.

Die einen betrachten jedes Auto als Risiko und möchten aus dem Parkhaus der Luzerner Kantonalbank Arbeitsräume für deren Mitarbeiter machen, andere vergöttern ihre Automobile und möchten auf den Strassen mehr Freiheit haben.

Die einen sehen nur den eigenen Gewinn und Besitz als Lebensziel, andere würden Grundbesitz am liebsten enteignen und materielles Vererben verbieten.

Die einen wollen möglicherweise oder erwiesenermassen gesundheitsschädliche Pflanzenschutzmittel ohne oder mit wenig Einschränkung einsetzen können, andere wollen diese zu 100% verbieten.

Sie haben richtig gelesen: Immer werden «die einen» «den anderen» gegenübergestellt. Dies nennt man eben «Polarisierung», v.a. wenn die einen gar nicht wissen wollen, weshalb die anderen eben zu einem anderen Entschluss kommen. Gerade dies ist/wäre nun eine grosse Chance, nämlich in der kommenden Legislatur durch Regierung und Parlament der Stadt Luzern viel mehr gemeinsame Ziele zu erarbeiten, gemeinsame Wege zu definieren und gemeinsam vorzugehen. Idealistisch? Illusorisch? Ja, aber keineswegs unmöglich! Wollen wir?

## Die liberale Fraktion im Luzerner Stadtparlament

Sie mögen sich erinnern, am 29. März 2020 gelang es unserer Partei – der FDP der Stadt Luzern – zur Überraschung aber auch zur Freude vieler, die Wahlen ins Stadtparlament erfolgreich zu gestalten und ihre bisherigen 9 Sitze zu behaupten. Am 3. September 2020 werden die 48 Parlamentarierinnen und Parlamentarier im Kantonsratssaal (wegen des coronabedingten Abstands) vereidigt werden. Gerne stellen wir Ihnen unsere Fraktion hier nochmals vor.



**Marco Baumann**

1992, ledig, Betriebsök. HSLU, Berater öffentliche Verwalt. & NPO



**Sonja Döbeli**

1968, Betriebsökonomin FH, Finanzchefin und Mitglied der GL



**Rieska Dommann**

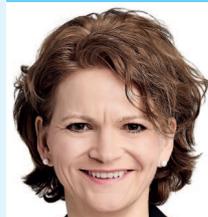
1966, verheiratet, 1 erw. Tochter, Dipl. Architekt FH SIA STV

### AUSGANGSLAGE

- ➔ 24 : 24 lauteten viele Schlagzeilen nach den städtischen Parlamentswahlen. SP 13 (-1), GB 11 (+ 4) auf der einen Seite, FDP 9, CVP 6 (-1), SVP 5 (-2), GLP 4 auf der anderen.
- ➔ In den nächsten zwei Jahren werden bürgerliche Parlamentarierinnen den Rat präsidieren, was das Stimmenverhältnis auf 24:23 ändern wird. Dies bedeutet, dass die Ratslinke eigentlich alles durchboxen kann, was sie will – sofern ...
- ➔ Dieses Kräfteverhältnis zeigt aber auch klar auf, dass die bürgerlichen Parteien durch Zusammenarbeit und Einsatz ein politisches Gegengewicht, nicht im Sinne einer Polarisierung und Verhinderung, sondern einer klaren Vertretung bürgerlicher Ziele, bilden müssen.

### WAS WIR VON EUCH ERWARTEN

- ➔ Die Bereitschaft, Euch für Euer Mandat einzusetzen mit zeitlichem und fachlichem Engagement
- ➔ Mit dem Willen Euch in Fraktions-, Kommissions- und Parlamentssitzungen für unsere Ideale und Ziele einzusetzen und für die dazu notwendigen Termine Zeit zu finden!
- ➔ Die Zusammenarbeit in der Fraktion als Team, mit dem Einsatz für die eigenen Ideen, aber auch mit der Bereitschaft, andere Ideen zu anerkennen und eine gemeinsame Linie zu finden
- ➔ Die Bereitwilligkeit, sich in der Stadtpolitik gegen eine weitere Zunahme der Polarisierung zu wehren und auch offen für Kompromisse und Konsens im Sinne von Lösungen für die Stadtbevölkerung zu sein!



**Sandra Felder**

1973, verh., 3 Kinder  
Dipl. HR-Leiterin NDS  
HF, Buchhalterin FA



**Mike Hauser**

1971, verheiratet,  
1 Kind, Unternehmer



**Damian Hunkeler**

1963, verheiratet,  
1 erw. Tochter,  
Unternehmer



**Marco Lustenberger**

1969, verheiratet, 2 Kinder, Unternehmer Kommunikation



**Andreas Moser**

1961, dipl. Architekt  
ETH SIA / Unternehmer



**Fabian Reinhard**

1981, ledig  
IT-Unternehmer,  
lic. phil. M..A.. UZH

### WAS IHR VON UNS ERWARTEN KÖNNT

- ➔ Wir werden uns ebenso stark politisch engagieren, Euch unterstützen, Ideen liefern, unsere Mitglieder und Sympathisanten über Eure Arbeit informieren und vieles mehr.
- ➔ Wir werden alles daran setzen, die Zusammenarbeit zwischen Parteibasis und Parlamenten (Grosser Stadtrat und Kantonsrat) zu intensivieren, gemeinsame Ziele festzulegen und diese zusammen zu verfolgen, im Sinne einer politischen Einheit!

### UNSERE ZUKÜNFTIGEN PARLAMENTARIERINNEN

Die sehr aktiven Jungfreisinnigen des Kantons Luzern haben mehrere Unterschriftensammelaktionen für die Renteninitiative durchgeführt. Wir unterstützen ihr Anliegen, helfen Sie ihnen dabei: Sie finden Erklärungen, Argumente und Unterschriftenbogen unter <https://renten-sichern.ch>. Sie werden sehen, dass die Initiative der Jungfreisinnigen Schweiz für alle Generationen eine gute Lösung vorschlägt. Die durch Covid-19 notwendigen Schutzmassnahmen haben die Unterschriftensammlung massiv gestört und tun dies immer noch. Schlagen wir wenigstens mit diesem Projekt dem Virus ein Schnippchen!

